

GRÜNE SEITEN

Bündnis 90 / Die Grünen in der Region Hannover

Ausgabe 01/16 (Nov. 2016)

**NACH DER KOMMUNALWAHL:
JETZT GEHT'S LOS!**



GRÜNE SEITEN

- 2 Editorial
- 3 Voller Einsatz
- 4 Nach der Wahl ist vor der Wahl
- 5 Mit Leidenschaft - Politik als Ehrenamt
- 6 Neuland Regionsversammlung
- 7 Quo vadis Regionsfraktion?
- 8 Regionsfraktion 16-21
- 8 Ratsfraktion 16-21
- 9 Ciao!
- 9 Kommentar zum Entwurf des Bundesteilhabegesetzes
- 10 Radschnellwege für die Region
- 11 Kommunalrahmen wird grüner
- 12 Bericht aus dem Bundestag
- 12 Bericht aus dem Landtag
- 13 Bericht aus der Region
- 13 Bericht aus dem Rathaus der LHH
- 14 Grüne Verkehrswende für den Klimaschutz
- 15 Impressum
- 15 Naturverlust durch umgepflügte Wegeseitenränder
- 16 Danke!

Liebe Freundinnen und Freunde,

In dieser Ausgabe der Grünen Seiten beschäftigen wir uns unter anderem mit der Auswertung der Kommunalwahlergebnisse in der Stadt und der Region Hannover. Nach einem engagierten Wahlkampf haben wir in der gesamten Region solide Ergebnisse eingefahren, konnten aber das herausragende Ergebnis von 2011 nicht halten.



Nun ist es Zeit für die Evaluation: Was lief gut? Was können wir besser machen? Selbstreflexion ist wichtig - aber fast noch wichtiger ist ein unbefangener Blick von Außen. Diesen können wir zum einen von den Menschen der Region Hannover bekommen. So können wir erfahren, warum wir nicht alle

Grün-Wähler*innen von 2011 wieder davon überzeugen konnten, uns ihre Stimmen zu geben. Zum anderen ist es aber auch eine Chance, den über hundert Neu-Grünen zuzuhören, die sich in diesem Jahr entschieden haben, trotz oder gerade wegen der politischen Grundstimmung in Deutschland in die Grüne Partei einzutreten. Sie müssen wir fragen, warum sie gerade bei uns eingetreten sind, um Stellung zu beziehen und Partei zu ergreifen und was die Grünen für sie so interessant gemacht hat, dass sie Farbe bekennen und sich engagieren wollen. Der Blick der Neuen ist noch ungetrübt und kann uns „Altmitgliedern“ bewusst machen, warum es wichtig ist, immer wieder mit voller Kraft für unsere grünen Werte und Ziele einzutreten.



Wir freuen uns sehr auf spannende Dialoge und konstruktive Diskussionen mit euch, auf neue und alte grüne Visionen und viele kreative Ideen, um diese 2017 Realität werden zu lassen!

Frauke Patzke und Henning Krause
Regionsvorsitzende

VOLLER EINSATZ

2015 und 2016 im Zeichen des Kommunalwahlkampfes

Schon im Herbst 2015 haben wir im Regionsverband auf Wahlkampfmodus umgeschaltet und mit den Vorbereitungen für den Wahlkampf begonnen. In unzähligen Sitzungen und vielen Stunden Schreiarbeit hat die Schreibgruppe unser Wahlprogramm geschrieben. An dieser Stelle möchten wir euch allen noch einmal für eure tolle Arbeit danken.

Auf der Mitgliederversammlung im April 2016 haben wir den Entwurf unseres Wahlprogramms vorgestellt. Viele Änderungsanträge und rege Diskussionen aller Mitglieder haben dafür gesorgt, dass es unser gemeinsames Programm wurde, für das wir alle zusammen im Wahlkampf stehen konnten. Auf der gleichen Versammlung haben wir die Kandidat*innen für unsere Listen in den 14 Wahlbereichen für die Region aufgestellt. Dabei haben wir unser selbst gestecktes Ziel, die Frauenquote einzuhalten, mehr als erreicht.

Herzlichen Dank!

Ob Kandidat*in oder nicht, unzählige Mitglieder im Regionsverband haben den Wahlkampf mitgestaltet, auf Veranstaltungen und an Ständen in und um Hannover mitgemacht und für mehr Grüne für eine solidarische, mobile und lebenswerte Region Hannover geworben. Vielen herzlichen Dank dafür an alle Aktiven!

Solides Ergebnis

Mit 13,6 % liegen wir unter unseren Erwartungen, haben aber dennoch ein solides Ergebnis für die Region eingefahren und liegen deutlich über dem Ergebnis von 2006. Wir konnten nicht alle Wähler*innen wieder mitnehmen, die wir 2011 für unsere Partei begeistern konnten. Unsere Politik und unsere Zusammenarbeit in mit der SPD hat die Menschen in der Region Hannover offenbar nicht genug überzeugt.



Engagierter Wahlkampf mit dem Regionsabgeordneten Michael Dette (Mitte).

Auswertung

Woran lag es? Waren wir nah genug dran an den Menschen in der Region Hannover? Haben wir die Probleme der Wählerinnen und Wähler verstanden – und haben wir für diese Probleme tragfähige Lösungen? Ist unsere strategische Ausrichtung, unsere Art, Politik zu machen, zielführend? Ist unsere Kommunikation mit und zu den Menschen in der Region Hannover ausreichend? Über diese Fragen haben wir gemeinsam auf der Mitgliederversammlung im September unter großer Beteiligung intensiv diskutiert. Dabei haben wir vom Vorstand uns auch wertvolles Feedback über Wahlkampfplanung und -ablauf geholt.

Arbeitskreis Strategie

Allerdings ist für uns als Vorstand der Prozess damit noch

nicht abgeschlossen. Wir wollen die Auswertung strukturieren und institutionalisieren, damit eine Weiterbeschäftigung mit diesen elementaren Fragen nicht im Tagesgeschäft untergeht. Dafür haben wir mit eurer Zustimmung einen mitgliederoffenen Arbeitskreis eingesetzt, der das Wahlergebnis evaluieren und über die weitere langfristige strategische Ausrichtung des Regionsverbandes diskutieren wird.

Wir bitten euch herzlich, euch in diesen Prozess einzubringen. Dieses Wahlergebnis geht uns alle an. Lasst uns selbstkritisch, konstruktiv und ergebnisoffen die Neuausrichtung unseres Regionsverbandes gestalten.

Frauke Patzke
Vorsitzende RV Hanover
frauke.patzke@gruene-hannover.de



NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

Rückblick auf die Kommunalwahl 2016 im Stadtverband und Ausblick auf die Bundestagswahl 2017



Mit Stelzenläuferin auf Stimmenfang

Foto: Grüne

Zur Kommunalwahl hat der Stadtverband ein vielfältiges Wahlprogramm für die solidarische Entwicklung einer modernen Stadtgesellschaft formuliert, das nach intensiver Diskussion mit den Mitgliedern mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Dort machen wir konkrete und differenzierte Vorschläge zur Gestaltung der Politik vor Ort, zu Zuwanderung und gesellschaftliche Teilhabe, zu bedarfsgerechter Entwicklung der Quartiere, Chancengleichheit in der Bildung, Familienfreundlichkeit und Mobilität.

Kreativer Wahlkampf

Zahlreiche Mitglieder unterstützten unsere Kandidat*innen

Langfristiger Trend

Natürlich haben wir damit gerechnet, dass wir das Ergebnis von 2011 nicht wieder erreichen werden. Viele Grün-Wähler*innen von 2011 konnten sich nicht erneut dazu entscheiden, ihr Kreuz bei Grün zu machen. Der langfristige Trend ist dennoch erfreulich: Im Vergleich zur Wahl 2006 (13,6 Prozent für Grün) haben wir mit 16,3 Prozent noch zugelegt, doch reichte das leider nicht, um 30 Jahre erfolgreiche rot-grüne Ratsarbeit fortzusetzen. Zumindest der Wahlkreis Linden-Limmer konnte sich bei dieser Kommunalwahl sogar noch verbessern. Herzlichen Glückwunsch dazu!

für den Rat und die Bezirksräte in einem kreativen und engagierten Wahlkampf. 25.000 Wahlkampfzeitungen und hunderte von Sonnenblumen wurden verteilt. Sommerfeste, Picknicks und Kneipen- wie Kiosktouren veranstaltet, um mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Vielen Dank Euch allen für Euren großartigen Einsatz!

Partnerschaft mit SPD & FDP

Auch wenn wir das Ende der rot-grünen Zusammenarbeit bedauern, nehmen wir die neue Situation der Partnerschaft mit SPD und FDP als Herausforderung an. Die neue Partnerschaft soll auf vertrauensvoller Zusammenarbeit in den Sachthemen basieren. Spannend wird in der neuen Wahlperiode auch, wie sich die LINKE und die FRAKTION verhalten werden. Auf unsere klare Kante gegenüber der AfD und den Hannoveranern brauche ich hier nicht näher einzugehen. Auch in den Bezirksräten bedeuten weniger Mandate künftig Neu- und Umorientierungen, also mehr Arbeit und stärkeres Engagement.

Wie geht es nun weiter?

Mit der Wahl von Swantje Michalisen und Sven-Christian Kindler als Bundestagskandidat*innen beginnen die ersten Vorbereitungen für die Bundestagswahl 2017. Hierbei werden unsere Erfahrungen aus dem Kommunalwahlkampf sehr hilfreich sein. Ohne unsere grünen Kernthemen und -kompetenzen zu vernachlässigen, müssen wir vor allem konkrete Vorschläge zur Lösung der sozialen Fragen anbieten und aufzeigen, wie wir uns eine gerechtere Gesellschaft vorstellen. Wir müssen klar machen, dass der radikale ökologische Wandel nur mit den Grünen zu erreichen ist und dass wir für eine weltoffene Politik ohne Angst stehen.

Gisela Witte

Vorsitzende SV Hanover

gisela.witte@gruene-hannover.de



MIT LEIDENSCHAFT

Politik als Ehrenamt. Ein Interview mit Eberhard Mecklenburg

Er war 20 Jahre Mitglied im Bezirksrat Vahrenwald-List. In unserem Interview erzählt Eberhard Mecklenburg, warum für ihn ein politisches Ehrenamt so spannend ist.

Eberhard, nach 20 Jahren verlässt du den Bezirksrat. Warum?

Ich finde, dass jetzt die richtige Zeit zum Aufhören ist. Auch andere Mitglieder der Stadtteilgruppe sollen die Gelegenheit bekommen, ein Mandat wahrzunehmen. Und ich hatte auch das Gefühl, ich bräuchte einmal eine Pause von der Lokalpolitik.

Du warst auch 15 Jahre Fraktionsvorsitzender und fünf Jahre stellvertretender Bezirksbürgermeister. Respekt!

Es war eine tolle Zeit! Es hat mir viel Spaß gemacht. Ich hatte immer sehr nette Fraktionskollegen und -kolleginnen. Zu den Fraktionsitzungen haben wir uns auch privat getroffen und immer sehr angeregt und ergebnisorientiert diskutiert. Ich denke, wir konnten in der Vergangenheit für den Stadtbezirk Vahrenwald-List vieles auf den Weg bringen.

Anstatt dich zu engagieren, hättest du auch einfach auf dem Sofa sitzen und die Tüte Chips rausholen können...

Das kam auch vor (lacht). Aber es war mir immer wichtig, mich ehrenamtlich zu betätigen. Ich hatte Lust, mich einzubringen und Dinge voran zu treiben. Wenn man in einer Stadtteilgruppe mitmacht, kommt bei manchen auch der Wunsch auf, politische Verantwortung zu übernehmen. Dafür ist der Bezirksrat eine gute Möglichkeit. Ein politisches Ehrenamt bietet einem auch die Gelegenheit, sich selbst auszuprobieren. Man lernt besser vor ei-

ner Gruppe zu sprechen, man kann Anträge einbringen und Projekte initiieren. So kann man sich auch selbst fortentwickeln.

Wie sah dein Alltag im Bezirksrat aus?

Der Bezirksrat trifft sich ungefähr einmal im Monat. Davor überlegen wir in unserer Fraktion, was wir bei der nächsten Sitzung einbringen. Später ist dann die Tagesordnung bekannt, und man weiß, welche Anträge die anderen Fraktionen stellen. Dann diskutieren wir miteinander, wie wir uns dazu verhalten. Im Monat bedeutete das für mich einen Zeitaufwand von 15 bis 20 Stunden.

Hat dein Arbeitgeber da mitgespielt?

Das war meistens kein Problem. Es gibt die Möglichkeit, sich für die Sitzungen freistellen zu lassen. Der Arbeitgeber wird dann dafür entschädigt. Ich arbeite allerdings im öffentlichen Bereich. In der freien Wirtschaft läuft das vielleicht nicht immer so reibungslos.

Was war dein schönstes Erlebnis im Bezirksrat?

Es war immer schön, wenn man Projekte verwirklichen konnte, die man lange verfolgt hat. So haben wir erreicht, dass auf der Podbielskistraße beidseitig Fahrradstreifen eingerichtet wurden. Und die Edenstraße wurde in eine Fahrradstraße umgewandelt, um nur zwei schöne Erinnerungen zu nennen.

Was wirst du vermissen?

Unsere Fraktionsitzungen.



Nach 20 Jahren im Bezirksrat stellt sich Eberhard Mecklenburg neuen Herausforderungen. Foto: Hagen

Was wirst du jetzt mit deiner gewonnenen Freizeit anfangen?

Bei meinem Sportverein (TuS Vahrenwald 08), bei dem ich auch Tennis spiele, engagiere ich mich seit drei Jahren als Vorsitzender in der Vereinsarbeit. Dieses Ehrenamt hat viele Gemeinsamkeiten mit meinem früheren politischen Engagement.

Wie steht deine Frau zu deinem Engagement?

Sie findet es gut, dass ich das mache. Nur manchmal wünscht sie sich, dass diese Arbeit weniger Zeit kostet. Aber die Zeit ist ja gut investiert...

**Andreas Tackenberg
Redakteur Grüne Seiten**

andreas.tackenberg@gruene-hannover.de



NEULAND REGIONSVERSAMMLUNG

Anke Probst: Mein erster Tag als Abgeordnete

Es ist kurz vor 14 Uhr. Ich schwing mich auf mein Fahrrad. Im Kopf bin ich eigentlich noch bei meiner Arbeit.

Aufgeht's

Ich bin Assistenzärztin in der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Klinik auf der Bult. Das letzte Patientengespräch beschäftigt mich noch. Aber ich muss gedanklich umschalten. Und ich muss mich beeilen. In einer guten halben Stunde fängt meine erste Fraktionssitzung an.

„Das geht alles ziemlich schnell“, denke ich als ich in die Pedalen trete. Am 11. September 2016 waren erst die Kommunalwahlen. Ich bin gewählt worden. Seit dem 13. November bin ich offiziell Abgeordnete der Regionsversammlung, in der ich die nächsten fünf Jahre für uns grüne Politik machen werde.

Und was heißt das nun für die Regionsversammlung? Wie die wohl abläuft, die Verteilung der Ausschüsse? Wie werden die anderen und viel erfahreneren Abgeordneten auf jemanden wie mich reagieren, für den das alles Neuland ist? Für jemanden wie mich, der Medizin – und nicht Politikwissenschaft – studiert hat, gab es bereits in den letzten Monaten sehr viel zu lernen. Und es wird noch viel mehr auf mich zu kommen.

Mein Einstieg

Ich komme ins Regionshaus. Ich bin pünktlich. Die Fraktionssitzung beginnt und ich lerne die Mitarbeiter*innen des Büros und alle meine zukünftigen Kolleg*innen der Fraktion kennen. Fraktionssitzung - das Wort kenne ich bisher nur aus Beiträgen der Tagesschau. Die Tagesordnung kam vor ein paar Tagen per Email. Es geht um die Verteilung der Aus-

schüsse – ich werde den Sozialausschuss und den Ausschuss für Feuerschutz und Rettungsdienst bearbeiten. Das passt eigentlich ganz gut zu dem was ich beruflich mache.

Neuland erkunden

Schnell wird mir klar, dass es nicht nur in der Medizin eine „eigene“ Sprache gibt, sondern auch in der Politik. Viele spezielle Begriffe und eine Unmenge an Abkürzungen: AG, OB, FraVo, LAG. Und eines wird mir noch schneller klar: Dass Worte wie *Termin* und *Sitzun-*



Anke Probst

Foto: Brauers

gen mich in den kommenden fünf Jahren mehr begleiten werden als ich es mir vorstellen konnte. All die verschiedenen Sitzungen. Wie heißen die noch? Ach ja *jour fixe Ausschussvorbereitungssitzungen, Ausschusssitzungen* und *Regionsversammlungen*. Und wie genau schreibt man einen Antrag? Und wer liest den dann? Ach so! Ich kann mir jederzeit Hilfe bei meinem zuständigen Referenten holen! Toll! Das gilt für fachliche In-

fos, wie auch für die Unterstützung zur Formulierung eines Antrags? Das hört sich beruhigend an! Ach, und der wird dann immer nochmal in der Fraktionssitzung besprochen und abgestimmt. So ist also der Ablauf. Ok, ich habe jetzt eine Ahnung wie es läuft.

Vorfreude auf mehr

Die erste Fraktionssitzung ist Geschichte. Es war ein langer Tag. Als ich auf mein Rad steige, um nach Linden zu fahren, glaube ich: „Mein Privatleben werde ich in den kommenden fünf Jahren ziemlich umgestalten müssen“. Ich mache meine Wohnungstür auf. Das Wort *Termin* geht mir durch den Kopf als meine Katze mich freundlich begrüßt. „Hallo“, sage ich als ich meinen Freund sehe. „Na, wie war's?“ fragt er mich. „Schon irre spannend“, entgegne ich ihm, „aber ich glaube das wird ziemlich anstrengend“.

Gleich am nächsten Morgen weiß ich, was es bedeutet, eine Abgeordnete zu sein. Auf dem Weg zur Arbeit macht mein Handy „Ping“ und ich habe eine Nachricht aus dem Büro. Es ist ein Termin und ich merke: „Da werden bald noch etliche mehr auf mich zukommen. Macht nichts, ich freue mich drauf.“

Anke Probst

Regionsabgeordnete

anke.probst@regionsversammlung.de

QUO VADIS REGIONSFRAKTION?

Die neue Oppositionsrolle

Die Kommunalwahl hat für uns Grüne einiges verändert. Die Grünen Seiten sprechen mit Brigitte Nieße, Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Regionsversammlung, über die Oppositionsrolle, den Umgang mit populistischen Parteien und die Ziele der Fraktion.

Brigitte, die Kommunalwahl ist gelaufen, was hast du dir gedacht als du das Ergebnis auf der Leinwand in den großen Sitzungsräumen der Region gesehen hast?

Ohje!! Die SPD ist weiter abgerutscht - Ende der Koalition. Und nun? Opposition, oder ergibt sich noch eine Möglichkeit? Wir haben unser Ergebnis in Relation zu 2006 zwar weiter ausgebaut, aber bereits an den Wahlständen hat sich angedeutet, dass wir das Fukushima-Ergebnis 2011 nicht wieder erreichen werden.

Die AFD zieht ein - das hatte ich mir nach den vorangegangenen Wahlen schon gedacht, aber nicht mit einem solchem Ergebnis gerechnet.

Die Region ist vor 15 Jahren aus der Taufe gehoben worden. Nun sind die Grünen das erste Mal in der Opposition. Wo siehst du die größten Herausforderungen für die Fraktion in den kommenden fünf Jahren?

So ist es, wir sind nun Opposition! Das bedeutet, wir müssen unsere Arbeit aus 15 Jahren in der Koalition verteidigen. Unsere Ziele - sozialer Ausgleich und Umweltgerechtigkeit - wollen wir durch Transparenz und Bürgernähe den Regionseinwohner*innen vermitteln und aus der Opposition heraus Impulse setzen.

Die Wahl hat bedauerlicherweise mit der AfD eine rechtspopulistische Partei in die Regionsversammlung gespült. Welche Strategie wird



Brigitte Nieße, grüne Fraktionsvorsitzende in der Region Hannover

Foto: Sven Brauers

die Fraktion verfolgen, um sich mit dieser politischen Partei auseinanderzusetzen? Reicht es sie zu ignorieren?

Es geht uns in erster Linie um diejenigen, die die AFD gewählt haben. Hier gibt es viele, die unzufrieden sind, wie Politik sich in der letzten Zeit dargestellt hat. Wir möchten mehr Transparenz und Bürgernähe zeigen, um unsere Politik wieder näher an die Bürger*innen heranzutragen.

Ignorieren werden wir die AfD nicht, sondern sie in der politischen Debatte an ihren Aussagen messen, die in der Regel jenseits unseres Demokratieverständnisses stehen.

Brigitte, eine Frage zum Abschluss. Am 17.11.2016 hat sich die neue Regionsversammlung konstituiert. Kannst du jetzt schon etwas über die Ziele der neuen Fraktion sagen?

Die Verbesserung des Wohnungsangebotes für alle, Be-

teiligung statt Ausgrenzung von Menschen die aufgrund ihres Einkommen, ihrer Herkunft, ihres Alters, ihrer Behinderung Schwierigkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben bzw. sich einzubringen. Das beinhaltet die Sicherung der Lebensgrundlage, gesundheitliche Versorgung, die berufliche Ausbildung und die Integration in die Gesellschaft.

Wir wollen unsere Umwelt so gestalten, dass sie für uns, unsere Enkel und Kinder lebenswert und vielfältig bleibt. Darum setzen wir uns für Klimaschutz, Naturschutz und Biodiversität ein.

Wir wollen eine konstruktive Oppositionspolitik machen, die Transparenz und inhaltliche Alternativen aufzeigt. Eine Politik, die zeigt, dass die Zukunft nur mit einem sozialen und ökologischen Umbau nachhaltig für uns und die nächsten Generationen machbar ist - also nur mit Grün. Wir wollen 2021 wieder aktiv in einem Mehrheitsbündnis mitgestalten.

REGIONSFRAKTION 16-21



V.l.n.r.: Oliver Kluck, Doris Klawunde, Michael Dette, Ute Lamla, Fabian Peters, Brigitte Nieße, Immo Heinzl, Anke Probst, Selin Arikoglu, Evrim Camuz, Ulrich Schmorsow, Nicole van der Made
Alle Zuständigkeiten und Kontakte der Abgeordneten unter: <http://regionsfraktion-gruene-hannover.de/fraktion-regionsfraktion-hannover>

RATSFRAKTION LHH

16-21

Zur Fraktion gehören (von hinten nach vorn): **Dr. Daniel Gardemin**, kulturpolitischer Sprecher; **Pat Drenke**, umweltpolitischer Sprecher; **Mark Bindert**, sportpolitischer Sprecher; **Norbert Gast**, stv. Fraktionsvorsitzender, jugendpolitischer Sprecher; **Dr. Freya Markowis**, Fraktionsvorsitzende, migrationspolitische Sprecherin; **Dr. Elisabeth Clausen-Muradian**, bau- und wirtschaftspolitische Sprecherin; **Renee Steinhoff**, finanz- und gleichstellungspolitische Sprecherin; **Regine Kramarek**, Bürgermeisterin; **Katrin Langensiepen**, sozial- und personalpolitische Sprecherin;

Silvia Klingenburg-Pülm, stv. Fraktionsvorsitzende, schul- und bildungspolitische Sprecherin sowie Sprecherin Antifaschismus.

Kontakte unter:
<http://ratsfraktion-gruene-hannover.de/gruene-koepfe>

CIAO

Lothar, Michael, Sabine, Oliver, Wolfgang, Klaus & Kathrin!

Mit dem Ende der Ratsperiode 2011 bis 2016 müssen wir uns leider von Euch verabschieden.

Lothar Schlieckau verlässt den Rat nach atemberaubenden 25 Jahren, davon über 16 Jahre als Fraktionsvorsitzender. Was sollen wir sagen: Rock on!

Michael Dette war 15 Jahre im Rat, seit 2001. Er hat die grüne Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik geprägt und parteiübergreifend salonfähig gemacht. Es gibt kaum ein Quartier, über das er keine Geschichte erzählen kann! Michael geht in die Regionsversammlung.

Sabine Nolte-Vogt war fünf Jahre im Rat. Ihre liebste Stellung ist

Gleichstellung, hier hat sie nachhaltige Politik gemacht, genauso wie seit Juli 2015 im Jugendbereich.

Oliver Kluck: Nach fünf Jahren im Rat wissen wir nicht viel über ihn als Gärtner, aber bei der Kultur hat er einen grünen Daumen bewiesen. Auch er geht in die Regionsversammlung.

Wolfgang Farnbacher war seit Januar 2015 im Rat, als Nachfolger für Selin Arikoglu. Als Allrounder war er Sprecher für Personal, aktiv bei der Gleichstellung sowie im Internationalen.

Klaus Geschwinder gehörte der Ratsfraktion seit dem Weggang

von Ingrid im Juli 2015 an. Aktiv war er in den Ratsausschüssen für Soziales, Sport und dem Ausschuss des Oberbürgermeisters.

Kathrin Kuhfß war in den letzten zwei Jahren Mitarbeiterin der grünen Ratsfraktion u. a. für Soziales und Personal. Sie startet eine neue Herausforderung in der grünen Regionsfraktionsgeschäftsstelle.

Wir sagen Euch Tschüss, Danke und freuen uns auf Begegnungen in anderen Zusammenhängen.

Günter Wulfert

Geschäftsführer Ratsfraktion

guenter.wulfert@hannover-rat.de



KOMMENTAR ZUM ENTWURF DES BUNDESTEILHABEGESETZES

Das Bundesteilhabegesetz sollte endlich dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung erhalten und nicht mehr wie „Fürsorgeberechtigte“ behandelt werden. Der Entwurf der Bundesregierung ist leider eine große Enttäuschung für Betroffene und ihre Verbände. Die Situation wird sich für viele Menschen vermutlich verschlechtern, das hat auch die Demonstration vom 22. September am Opernplatz mit 7000 Menschen und vielen Verbänden gezeigt.

Wenn nur noch Menschen Leistungen erhalten, die in mindestens fünf von neun Lebensbereichen Unterstützungsbedarf nachweisen können, werden viele eigentlich Leistungsberechtigte ausgeschlos-

sen. Das betrifft zum Beispiel die gehörlose Studentin, die nur in den Bereichen Kommunikation und Bildung Assistenzbedarf hat oder auch Menschen mit psychischen Erkrankungen, die aus dem Leistungsanspruch herausfallen könnten. Darin sehe ich eine erhebliche Gerechtigkeitslücke!

Mit dem Gesetz wird es für die betroffenen Menschen außerdem schwieriger, selbst zu entscheiden, wo, wie und mit wem sie leben möchten. Zum Beispiel können die Behörden in Zukunft bestimmen, dass Menschen mit Behinderungen aus Kostengründen in einer Einrichtung wohnen müssen, statt in einer eigenen Wohnung zu leben. Mit selbstbestimmter Teilhabe hat das nichts mehr zu tun, zumal der Bund

sich aus der Finanzierungszusage komplett verabschiedet hat!

Das sind nur zwei von vielen Punkten, die dieses Gesetz zu einem „Teilhabe-Flickenteppich“ mit wohlgemeinter Überschrift werden lassen. Mit dem Rotstift in der Hand schiebt die SPD/CDU-Bundesregierung echte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen erneut in eine ferne Zukunft. In der derzeitigen Form hat das Bundesteilhabegesetz die Zustimmung der Grünen in Bund und Ländern nicht verdient.

Thomas Schremmer
Landtagsabgeordneter

thomas.schremmer@lt.niedersachsen.de



RADSCHNELLWEGE FÜR DIE REGION

Weniger Autos, weniger Stau, weniger Stress

Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste, günstigste und oft auch das schnellste Verkehrsmittel - deshalb steigen immer mehr Menschen auf's Fahrrad um. Durch das Elektrorad ist sogar das Fahren mittlerer Entfernungen zu einem schweißfreien Fahrvergnügen geworden. Eine Alternative für Pendlerinnen und Pendler, die sonst das Auto nutzen würden.

Es wird eng auf den Radwegen

Der steigende Anteil an Fahrrädern, schnellen Elektrorädern und breiten Lastenrädern stellt neue Anforderungen an das Radwegenetz. Radfahrerinnen und Radfahrer brauchen mehr Platz. Deshalb müssen Radwege breiter und ebener sein. Die Niederlande und Dänemark haben bereits ein sicheres und komfortables Radschnellwegengesetz ausgebaut. Mit dem Erfolg, dass noch mehr Menschen aufs Rad umgestiegen sind.

Grüne Forderungen

Radschnellwege sollen

1. breit genug für zwei nebeneinander fahrende Räder (plus Überholfläche) sein,
2. an Kreuzungen Vorrang vor Nebenstraßen haben,
3. asphaltiert sein und
4. außerorts nachts beleuchtet werden.

Region und Stadt Hannover tun sich schwer

Nachdem die Region Hannover 2011 die drei Radschnellweg-Verbindungen Hannover - Lehrte, Hannover - Laatzen sowie Hannover - Garbsen in den Fokus genommen hatte, scheiterte die Umsetzung an der fehlenden Überzeugung und am Geld. Investitionen in das allgemeine Radwegenetz standen im Vordergrund.

Inzwischen sind Radschnellwege Teil des Bundesverkehrswegeplans. Von Region und Stadt Hannover gibt es nun ein Bekenntnis, dass in überörtliche Radschnellverbindungen investiert werden



Radtour nach Lehrte

Foto: Martin Nebendahl

soll. Der Rat Hannover hat für die Verbindung Hannover-Lehrte sogar einen Beschluss gefasst.

Grüne Werbetour für Radschnellwege

Während über die einzelnen Verbindungen noch diskutiert wurde, haben wir uns im Kommunalwahlkampf aufs Rad geschwungen und alle drei oben genannten Strecken abgefahren. Mit dabei waren Expertinnen und Experten unter anderem vom ADFC, VCD, BUND und NABU, mit denen wir auch schwierige Eingriffe in Natur und Umwelt diskutiert haben. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um bei den Fragen und Vorschlägen zu einzelnen Streckenabschnitten zu einer klugen Abwägung zu kommen.

Wir machen weiter – auch aus der Opposition!

Die Förderung des Radverkehrs ist von einem Nischen-Thema in

den Mainstream der Verkehrs- und Gesundheitsdebatte auch in unserer Region angekommen. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass Mobilität mit dem Rad ein Gewinn für alle Seiten ist: weniger Autos, weniger Stau, weniger Stress.

Und trotzdem kommt es bei dem Thema immer noch auf uns Grüne an: Wir bringen die Vorschläge ein, welche Fahrbahnen fürs Rad statt fürs Auto freigegeben werden sollen. Wir stellen die Anträge zum Haushalt, dass mehr Mittel für den Radwegebau bereit gestellt werden und wir halten den Kontakt zu den Verbänden.

Unsere kontinuierliche Arbeit ist nötig, damit den Ankündigungen auch Taten folgen. Sprecht uns an, wir unterstützen Euch gerne bei der Information vor Ort und der Planung von Begleitanträgen.

Maaret Westphely
Landtagsabgeordnete
maaret.westphely@lt.niedersachsen.de



KOMMUNALRAHMEN WIRD GRÜNER

Novelle der Kommunalverfassung (NKomVG) beschlossen

Die Reform des Kommunalwahlgesetzes (NKomVG) durch den niedersächsischen Landtag trägt eine deutlich grüne Handschrift: Einfachere Bürgerbeteiligung, mehr Einwohnerbefragung und zusätzliche Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen sowie bessere Voraussetzungen zur wirtschaftlich-ökologischen Betätigung für die Kommunen.

Bürgerbeteiligung

Wir haben die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide abgesenkt. Ab dem 1. November können sich Bürger*innen in Niedersachsen einfacher an politischen Prozessen beteiligen.

Für Bürgerbegehren gilt künftig folgende Staffelung des Unterschriftenquorums:

- 10 Prozent bis 100.000 Einwohner*innen
- 7,5 Prozent bis 200.000 Einwohner*innen
- 5 Prozent für Kommunen ab 200.000 Einwohner*innen

Für Bürgerentscheide wird das Zustimmungsquorum auf 20 Prozent abgesenkt.

Daneben haben wir zahlreiche weitere Hürden aus dem Weg geräumt, wie beispielsweise den Kostendeckungsvorschlag für den jeweiligen Bürgerentscheid. Bisher war knapp die Hälfte der Fälle von Unzulässigkeit darauf zurückzuführen, dass die Finanzierung ungeklärt war.

Zukünftig wird es auch in Niedersachsen die aufschiebende Wirkung (Sperrwirkung) eines Bürger-

begehrens geben. Mit der Reform des NKomVG wird es während des gesamten Verfahrens unzulässig, sich über ein Bürgerbegehren hinwegzusetzen und vollendete Tatsachen zu schaffen.

Einwohnerbefragung

Wir haben die Möglichkeit zur Einwohnerbefragung geschaffen. Damit können zukünftig alle Menschen ab 14 Jahren in einer Kommune bei einer Befragung mitstimmen, wenn sie seit drei Monaten in dieser Kommune leben – also auch Menschen, die Nicht-EU-Bürger*innen sind.

Gleichstellungsbeauftragte

Mit der Reform des NKomVG verpflichten sich niedersächsische Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohner*innen, eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte einzustellen. Um ihre Unabhängigkeit zu stärken, erhöhen wir mit der Novelle die Voraussetzungen für eine Abberufung, sodass diese nur noch mit einer absoluten Mehrheit durch einen Rats- oder Kreistagsbeschluss erfolgen kann.

Wirtschaftliche Betätigung

hat er die grüne Geschäftsstelle besucht und Anregungen für die politische Arbeit gegeben. In den letzten Jahren lebte er bereits stärker zurückgezogen. Wir erinnern uns gern an Dich, Eberhard.

Rahel & der Vorstand des Stadtverbands

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Stärkung der Kommunen ist für uns die Erleichterung der wirtschaftlichen Betätigung. Zukünftig ist es Kommunen nur dann untersagt, ein wirtschaftliches Unternehmen zu gründen oder zu übernehmen, wenn ein privates Unternehmen den damit verfolgten öffentlichen Zweck besser oder wirtschaftlicher erfüllen kann.

Außerdem stellen wir klar, dass Betätigungen in den Bereichen Telekommunikation, Energieversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Wasserversorgung und Versorgung mit Breitbandtelekommunikation grundsätzlich einem öffentlichen Zweck dienen.

Schließlich wollen wir Kommunen in die Lage versetzen, die Energiewende zu unterstützen. Mit der Reform des NKomVG senken wir in diesem Bereich die Hürden für die Kommunen und streichen die Voraussetzung, dass eigene oder örtliche Versorgungszwecke vorliegen müssen, um erneuerbare Energien erzeugen oder gewinnen zu dürfen.

Belit Onay
Landtagsabgeordnete
belit.onay@lt.niedersachsen.de



EBERHARD LEMKE ist am 25.09.2016 verstorben. 10 Tage später wäre er 100 Jahre alt geworden. Er war unser ältestes Mitglied, Mitbegründer der Senioren-AG im Jahr 2011, Model für eine grüne Anzeige im Senioren-Magazin und aktiver Wahlkämpfer in diversen Wahlkämpfen. Immer wieder mal



BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Haushaltsverhandlungen und solidarische Politik für Geflüchtete

Wir befinden uns in Berlin mitten in den Haushaltsverhandlungen. Die aktuelle Nullverschuldung hat Schäuble vor allem glücklichen Umständen zu verdanken, wie den historisch niedrigen Zinsen, niedriger Arbeitslosigkeit und guten Steuereinnahmen. Eine haushaltspolitische Leistung ist das nicht. Umso schlimmer ist, dass Schäuble trotz günstiger Bedingungen lediglich den Status quo verwaltet, statt zu gestalten. In Wahrheit ist der Haushalt der Bundesregierung ein Risiko-Haushalt. Er ist für die Zukunft leider nicht gut aufgestellt.

Das wollen wir ändern! Unsere GRÜNEN-Schwerpunkte im Haushalt: Wir werden Vorschläge ein-

bringen, die dafür sorgen, dass das öffentliche Vermögen nicht weiter schmilzt, sondern durch kluge Zukunftsinvestitionen erhalten und ausgebaut wird. Wir setzen uns gegen Verschwendung im Haushalt ein – z.B. im Rüstungsbereich, bei ÖPP-Projekten und neuen Autobahnen – und wollen ein aktives Controlling. Im Jahr der UNO-Klimakonferenz von Marrakesch streiten wir für eine milliardenschwere Erhöhung beim internationalen Klimaschutz und der Entwicklungszusammenarbeit. Das ist auch ein zentraler Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Armut bei Kindern und älteren Menschen ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, den wir thematisieren und angehen wollen. Für eine solide Gegenfinanzierung setzen wir weiterhin auf Umschichtungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit im Haushalt, aber natürlich auch in der gesamten Bundestagsfraktion, liegt bei den Geflüchteten. Mit den Notoperationen und dem Chaos der Bundesregierung muss endlich Schluss sein. Auch über die Zusagen des Flüchtlingsgipfels hinaus brauchen die Länder und Kommunen eine strukturelle finanzielle Hilfe. Das ist jetzt schon absehbar. Bei den Bundesleistungen werden wir auf eine Integration der Geflüchteten in die gesetzliche Krankenversicherung drängen und uns für eine realistische Ausstattung der Jobcenter und eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus einsetzen.

**Euer Bundestagsabgeordneter
Sven-Christian Kindler**

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Hormonstörende Stoffe gehören nicht ins Grundwasser

Weit verbreitet und wenig bekannt – Hormonstörende Stoffe sind Stoffe, die auf normale Hormonaktivitäten Einfluss nehmen oder sie stören. Sie verhalten sich im Körper ähnlich wie Hormone bzw. blockieren körpereigene Stoffe und sind damit besonders in der Schwangerschaft gefährlich. Diese nicht-natürlichen Stoffe sind biologisch schwer abbaubar, reichern sich dadurch an und sind u.a. in Trinkwasser und Blutproben nachweisbar. Produkte, die als Gefahrenquelle für Mensch und Tier erkannt werden, müssen vom Markt genommen werden! Das Land soll sich nun auf Bundesebene dafür einsetzen, dass EU-Kriterien von hormonell wirksamen Substanzen definiert werden

und die Forschung verstärkt wird.

Landesprogramm zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit

Die Zahl von bundesweit rund einer Million Langzeitarbeitsloser stagniert seit 2011. Alle bisherigen Strategien der Integration sind gescheitert, obwohl die wirtschaftliche Lage so gut wie nie ist. 91.000 Menschen in Niedersachsen suchen seit mehr als einem Jahr einen Arbeitsplatz. In der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose führt an einem Paradigmenwechsel kein Weg vorbei – wir brauchen einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt und wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Die Grundlage dafür bildet die Überführung passiver Leistungen in die Finanzie-

rung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. In Niedersachsen werden wir deshalb ein Landesprogramm für Langzeitarbeitslose auflegen.

Wohlstandsindikator statt BIP - Informationsgrundlage für Entscheidungen verbessern

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlicher Wohlstand wollen wir Grüne zum Maßstab unserer Entscheidungen machen. Das gelingt mit dem bisherigen Wertindex, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), nicht. Gegenüber ökologischen Kosten und sozialer Gerechtigkeit ist es blind.

**Eure Landtagsabgeordneten
Maaret, Thomas, Belit & Regina**

BERICHT AUS DER REGION

Wechsel in der Fraktionsgeschäftsführung

Ab dem 1. Februar 2017 wird Kathrin Kuhfuß die Geschäftsführung der Grünen Regionsfraktion übernehmen. Die 56-jährige Diplom-Grafik-Designerin aus Negenborn (Wedemark) tritt die Nachfolge von Ronald Schütz an, der aus Altersgründen ausscheidet. Sie bringt als ehemalige Abgeordnete der Regionsversammlung in der Wahlperiode 2011-2016 viel politische Erfahrung mit. Auch als ehemalige Referentin der Ratsfraktion der Stadt Hannover hat sie beste Voraussetzungen für ihre neue Tätigkeit. Sie hat bereits an der Klausur der Fraktion im November in Barsinghausen als Gast teilgenommen und ihr Organisationstalent unter Beweis stellen können. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr.

Haushalt 2017 der Region Hannover

Am 13. Dezember 2016 wird der ca. 1,6 Milliarden Euro schwere Haushaltsplanentwurf der Region Hannover für das Jahr 2017 durch die Verwaltung eingebracht. Die Beratung der einzelnen Ansätze der Regionsfraktion geführt werden. Im Lichte der neuen Rolle als stärkste Oppositionsfraktion werden Änderungsanträge und Ideen entwickelt werden, die bis zur Verabschiedung am 7. März 2017 breit mit den Mitgliedern diskutiert werden. Eine Klausur der Fraktion wird dann am 8./9. Februar 2017 die Anträge bewerten und eine Empfehlung für die Mitgliederversammlung Mitte Februar erarbeiten.

Klausur der neuen Regionsfraktion

Am 4. und 5. November hat sich die neue Fraktion in der Regionsversammlung Hannover, bestehend aus 7 Frauen und 5 Männern, zu einer Klausur in das Sporthotel Fuchsbachtal in Barsinghausen zurückgezogen. Neben der Verteilung der Fachbereiche und der zu besetzenden Gremien ging es in einem konstruktiven Gedankenaustausch unter Beteiligung der Parteivorsitzenden Frauke Patzke und den beiden Dezernent*innen Andrea Fischer und Pico Jordan um die Bewertung der neuen politischen Verhältnisse in der Region und die Ausrichtung der Programmatik und der Arbeit in der Rolle der stärksten Oppositionskraft.

Eure Regionsfraktion

BERICHT AUS DEM RATHAUS DER LHH

Doppelhaushalt 2017/2018

Eine erste, große Herausforderung für die rot-grün-gelbe Partnerschaft ist der im November eingebrachte und im März 2017 vom Rat zu verabschiedende Doppelhaushalt 2017/2018. Wir werden uns weiterhin für grüne Schwerpunkte zum Haushalt einsetzen, inhaltlich und finanziell.

Konzept für Oberstufen an IGS

Wir haben die Schulverwaltung zu einem Konzept aufgefordert, wie für die Integrierten Gesamtschulen Badenstedt, Bothfeld, Stöcken und Südstadt eine Oberstufe realisiert werden kann. Für die Umsetzung gibt es verschiedene Varianten: Anbau an dem IGS-Standort oder ein Oberstufenzentrum für verschiedene IGS'en nach dem Vorbild des

von uns initiierten Oberstufenzentrums IGS Büssingweg. Wir sehen hier die Nachfrage nach einem IGS-Platz und den Elternwunsch nach einem Oberstufen-Angebot.

Deutscher Nachhaltigkeitspreis

Als Deutschlands nachhaltigste Großstädte sind Hannover, Gelsenkirchen und Nürnberg nominiert. Die Preisverleihung erfolgte am 25. November 2016 beim Deutschen Nachhaltigkeitstag in Düsseldorf (Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor). Allein die Nominierung macht uns Spaß. Sie zeigt: Hannover ist nachhaltig, auch Dank erfolgreicher grüner Ratspolitik in den letzten drei Jahrzehnten. Wir fühlen uns in unserer Politik für Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften, umweltfreundliche Mobilität,

Bildung, soziale Teilhabe und für die Unterbringung von geflüchteten Menschen bestätigt. Dank auch dem Agenda 21-Büro, das seit 1996 gute Arbeit macht.

Weniger Frauen im neuen Rat

Der Anteil an Frauen im Rat hatte 2011 einen Höhepunkt mit 28 Ratsfrauen (44 %). Im neugewählten Rat 2016 sind es nur noch 19 Ratsfrauen (30 %). Während Grüne mit sechs Frauen zu vier Männern und die SPD mit neun Frauen zu elf Männern relativ ausgeglichen sind, finden sich bei den übrigen Fraktionen nur noch insgesamt vier Frauen. Dies ist eine Folge der Kandidatenaufstellung der Parteien. Vor dem Hintergrund ist der geringere Frauenanteil im neuen Rat kein Wunder.

Eure Ratsfraktion

GRÜNE VERKEHRSWENDE FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Die Klimaziele von Paris müssen auch im Verkehr umgesetzt werden

Die Bundesregierung kennt beim Verkehr nur zwei Sachen: die Straße und das Auto. Klimaschutz ist für Verkehrsminister Dobrindt dagegen ein Fremdwort.



Foto: MonikaP/pixabay CC0 public domain

Keine Neuzulassung für fossile Motoren ab 2030

Das Ziel ist klar. Der fossile Verbrennungsmotor muss Geschichte werden. Dass das nicht einfach so passiert, zeigen die deutschen Automobilriesen. Daimler hat zur Hochzeit des Abgasskandals angekündigt, Milliarden in die Entwicklung neuer Dieselmotoren zu investieren. Geld, das z.B. in der Forschung für Batterien von Elektroautos deutlich besser angelegt wäre. Die Autobauer müssen auch ihren Beitrag für neue Autos leisten. Deswegen fordern wir GRÜNE ab dem Jahr 2030 keine Neuzulassungen mehr für fossile Verbrennungsmotoren.

Bundesregierung verpennt den Klimaschutz

Was macht die Bundesregierung? Sie bleibt beim alten Rezept: Die Straße und das Auto. Wolfgang Schäuble und Alexander Dobrindt planen die Gründung einer privaten Gesellschaft für die Verwaltung

der Bundesautobahnen. Hier droht eine Privatisierung durch die Hintertür, weil das Eigentum an der Gesellschaft nicht im Grundgesetz festgeschrieben werden soll. Gleichzeitig soll diese Gesellschaft ohne Staatsgarantie am Kapitalmarkt Kredite aufnehmen können. Die teureren Zinsen wären ein Milliarden Geschenk für Allianz und Deutsche Bank. Da diese Kredite nicht in die Schuldenbremse mit einberechnet werden sollen und die LKW-Einnahmen ebenfalls in diese Gesellschaft fließen sollen, würde eine solche Straßengesellschaft im Geld schwimmen. Damit droht eine riesige, unkontrollierbare Straßenbaumaschine.

Auch der Bundesverkehrswegeplan der Bundesregierung ist eine Kampfansage an den Klimaschutz. Er rasselt durch die eigene Umweltprüfung durch und selbst Bundesumweltministerin Hendricks wirft Dobrindt Trickereien vor. Statt das gesamte Verkehrsnetz zu betrachten, richtet sich der Fokus auf die Straße und einzelne, schön gerechnete Prestigeprojekte.

Grüne Politik für die Verkehrswende

Und was wollen wir GRÜNE? Mehr Klimaschutz im gesamten Verkehrssektor. Wir müssen es mehr Menschen leichter machen das Auto stehen zu lassen und auf die klimafreundlichen Verkehrsträger Schiene und Rad umzusteigen. Damit das auch klappt, wollen wir ein Bundesprogramm zur Förderung des ÖPNV in Höhe von einer Milliarde Euro. Dazu stellen wir ein Ausbauprogramm für Radwege und wollen die Mittel für den Bau von Radwegen verdoppeln. Aus der gescheiterten Kaufprämie für Elektroautos wollen wir ein Förderprogramm für echte Elektromobilität machen - für die Schiene, für Busse und für Fahrräder. Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel und die Verkehrswende im Bund!

Sven-Christian Kindler
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler@wk.bundestag.de



NATURVERLUST DURCH UMGEPFLÜGTE WEGESEITENRÄNDER

Der Wegeseitenrand auf dem Foto sieht aus wie viele Seitenränder. Leer geräumt. Immerhin stehen, hier nicht zu sehen, neben diesem Baum weitere in einigem Abstand. Sie fristen ein kümmerliches Dasein. Deutlich ist zu erkennen, dass die Äste auf der einen Seite fehlen und der Baum schief steht. Der Acker wird so dicht am Stamm bearbeitet, dass die Wurzeln geschädigt sein könnten. Der Baum steht nicht mehr stabil. Der Grund: Jener Teil der Ackerfläche, der z.B. durch Äste überwachsen ist, wird von der Agrarförderung ausgenommen. Folge: Die Äste werden auf der einen Seite abgeschnitten, was die Instabilität weiter fördert. Der BUND hat in diesem Jahr eine finanzielle Förderung durch die Region erhalten, um an drei Orten die Wegeseitenränder nachzumessen. In Pattensen wurden 0,5 ha Verlust festgestellt, in Schneeren 2,2 ha, in Burgdorf OT Sorgensen-Weverlingen sogar 14,3 ha. Mitunter war mehr als die Hälfte des Grünstreifens durch die Bauern umgepflügt.

Die Studie wurde den Stadt- und Gemeindeverwaltungen zur Verfügung gestellt. Nur wenige Städte gaben Rückmeldungen. Neustadt reagiert jetzt bei auffälligen Verlusten mit der Feststellung der Verluste. Und Burgdorf hat sich



Foto: Ute Lamla

ein eigenes GPS-Gerät gekauft, um selbst Vermessungen vornehmen zu können. Die Reaktion ist überfällig, denn die Bauern haben wieder gepflügt und neue Verluste sind festzustellen.

Ute Lamla
Regionsabgeordnete
ute.lamla@regionsversammlung.de



MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Gerne schicken wir Euch ein neues SEPA-Mandat zu. Einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) anfordern!

Bei Fragen meldet Euch in der Geschäftsstelle.

IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Frauke Patzke, Urs Mansmann, Rahel Bähr, Sven-Christian Kindler, Carolin Kolbe, Anke Probst, Norman Seibert, Aline Braun, Ronald Schütz, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Martin Nebendahl, Ute Lamla, Günter Wulfert, Gisela Witte, Henning Krause, Andreas Tackenberg, Elke Wohlfarth.

Redaktionsteam: Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Reinhold Gravelmann, Christian Thorens, Andreas Tackenberg, Elke Wohlfarth (v.i.S.d.P.).

Layout: Elke Wohlfarth

Druck: Unidruck, Weidendam 19, 30167 Hannover. Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier.

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 01/17 erscheint voraussichtlich im März 2017.

BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel. 0511/300 88 66
Fax 0511/300 89 66
region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
IBAN: DE42 2512 0510 0008 4187 00
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSW DE33 HAN



Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum.

Interessent*innen sind herzlich Willkommen!



DANKE!

Wir danken allen Abgeordneten der Regionsversammlung, die mit dem Ende der Wahlperiode 2011-2016 die Fraktion verlassen haben. Viele Jahre habt ihr euch ehrenamtlich für die grüne Sache in der Region eingesetzt. Alles Gute und auf Wiedersehen!

Arifé Akcam-Hytrek - 5 Jahre

Hinrich Burmeister - 10 Jahre

Anne Dalig - 5 Jahre

Silvia Hesse - 5 Jahre

Ignazio Pecorino - 5 Jahre

Kathrin Kuhfß - 5 Jahre

Silke Stokar - 6 Jahre

Elke Thielmann-Dittert - 5 Jahre

Andreas Litzke - 5 Jahre

Stefan Winter - 3 Jahre

